



**TREIBENDE KRÄFTE** Die Nationalrätin Daniela Schneeberger, der frühere FDP-Chef Fulvio Pelli und die Warenhausbesitzerin Nicole Loeb haben die Gesetzesrevision angestossen (v.l.).

## Rückgang gestoppt

**Wohlfahrtsfonds** Die bürokratischen Hürden für die von Patrons freiwillig alimentierten Vorsorgestiftungen wurden reduziert. Jetzt denken erste Unternehmer an Neugründungen.

So kann es nicht weitergehen, sagte sich **Nicole Loeb**, Hauptaktionärin und Chefin der gleichnamigen Warenhausgruppe (siehe auch Seite 66). Der Grund für ihren Ärger: die zunehmenden administrativen Auflagen für den patronalen Wohlfahrtsfonds, den ihr Grossvater 1959 eingerichtet hatte. Diese wurden so kompliziert, dass der Fonds seiner ursprünglichen Aufgabe kaum mehr nachkommen konnte: nämlich den Mitarbeitern in finanziellen Notlagen unbürokratisch und schnell zu helfen. Und so hörte sich Loeb bei anderen Unternehmern mit Wohlfahrtsfonds um, etwa bei **Alex Wassmer**, Geschäftsführer des Baustoffspezialisten Kibag.

Die Klagen waren überall dieselben: Aufgrund der Verschärfungen bei der beruflichen Vorsorge werde das Führen eines Wohlfahrtsfonds immer bürokratischer und immer teurer, hiess es. Viele Unternehmen hatten deshalb ihre freiwillige Vorsorgestiftung bereits liquidiert.

2015 existierten gemäss aktueller Erhebung des Bundesamtes für Statistik noch 1405 Wohlfahrtsfonds (inklusive Finanzierungsstiftungen und Vorruehstandskassen), vor 20 Jahren gab es rund viermal so viele. Heute verwalten diese von Unternehmern freiwillig alimentierten Fonds rund zwölf Milliarden Franken. Das Vermögen der Wohlfahrtsfonds mit Ermessensleistungen kann für aktive oder pensionierte Mitarbeiter sowie

deren Hinterbliebene verwendet werden - im Fall einer finanziellen Notlage, bei nötigen Frühpensionierungen oder der Sanierung der Pensionskasse.

Nun können die Stiftungsräte etwas aufatmen, denn seit dem 1. April 2016 wurden die administrativen Regeln für die Wohlfahrtsfonds gelockert - vor allem auch dank dem früheren FDP-Nationalrat **Fulvio Pelli**, der 2011 als Präsident der Interessenorganisation PatronFonds die Gesetzesrevision auf dem politischen Parkett angestossen hatte. Und dank seiner Nachfolgerin an der Spitze von PatronFonds, Nationalrätin **Daniela Schneeberger**. Die Gesetzesrevision sei mehr als überfällig gewesen, sagt die Anwältin und Vorsorgespezialistin **Yolanda Müller**, die sich mit Loeb und Wassmer im Vorstand von PatronFonds engagiert. «Es war für die Wohlfahrtsfonds eigentlich schon fünf nach zwölf», betont Müller. Doch immerhin gebe es erste positive Rückmeldungen: «Früher haben sich die Stiftungsräte und Unternehmer an mich gewandt, um ihren Wohlfahrtsfonds zu liquidieren. Der Rückgang wurde etwas gestoppt. Heute erhalte ich auch Anfragen für Neugründungen.»

Ganz zufrieden ist Müller jedoch noch nicht - insbesondere nicht mit den Regelungen in der AHV-Verordnung. Sie erachtet die neue Regelung rund um die Auszahlungen in Notlagen als «nicht praxistauglich» und zu restriktiv. Liegt keine Ausnahme von der AHV-Beitragspflicht gemäss der AHV-Verordnung vor, müssten die Arbeitgeber mehr als zehn Prozent Sozialversicherungsabgaben auf den Härtefallleistungen des Wohlfahrtsfonds entrichten. «Das sollten wir korrigieren», sagt Müller. «Wir sind mit den zuständigen Behörden im Gespräch.»

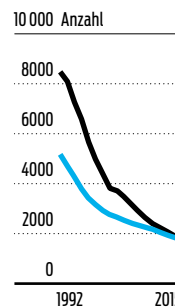
FLORENCE VUICHARD

### Massiver Rückgang

Anzahl aller Vorsorgeeinrichtungen (VE)

VE mit reglementarischen Leistungen und aktiven Versicherten

VE mit Ermessensleistungen (Wohlfahrtsfonds u.a.)



Quelle: BFS



**„Ich denke, die Diskussion wird von Leuten geführt, die vielleicht frustriert sind, dass sie nicht so viel Geld verdienen.“**

UBS-Chef Sergio Ermotti rechtfertigt an einer Konferenz der «Financial Times» in London sein Millionensalär - und liefert seinen Kritikern neue Munition.